



Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andreas Bleck
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sven Lehmann

Parlamentarischer Staatssekretär
Beauftragter der Bundesregierung
für die Akzeptanz sexueller
und geschlechtlicher Vielfalt
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

Glinkastraße 24, 10117 Berlin
11018 Berlin

TEL
FAX
E-MAIL
INTERNET

+49 (0)30 18555-1100
+49 (0)30 18555-4110
Sven.Lehmann@bmfsfj.bund.de
www.bmfsfj.de

ORT, DATUM

Berlin, den 8. Februar 2023

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: 1/613

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 1/613:

Plant die Bundesregierung, gegen sogenannte Lootboxen in für Kinder und Jugendliche freigegeben Videospielen wegen Glücksspiels vorzugehen und wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Die für die Regulierung von „Glücksspiel“ maßgeblichen Rechtsgrundlagen und ihre Anwendung liegen grundsätzlich in der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder.

Glücksspielähnliche Elemente wie „Lootboxen“ haben aus Sicht des Kinder- und Jugendschutzes eine hohe Relevanz. Der Bund hat mit Wirkung zum 1. Mai 2021 das Jugendschutzgesetz (JuSchG) novelliert.



SEITE 2

Das Gesetz ermöglicht mit Blick auf die Alterskennzeichnungen nunmehr unter anderem, die heute relevanten Interaktionsrisiken, zu denen auch Kostenfallen, glücksspielähnliche Elemente und nicht zuletzt „Lootboxen“ gehören, bei der Alterskennzeichnung zu berücksichtigen.

Auf derartige Elemente soll durch Deskriptoren aufmerksam gemacht werden (§ 14 Absatz 2a JuSchG). Der neue § 10b Absatz 2 und 3 JuSchG stellt zudem klar, dass künftig bei nicht altersgerechten Voreinstellungen (also z. B. standardmäßiger Aktivierung) erhebliche Interaktionsrisiken durch bspw. Kauffunktionen, glücksspielähnliche bzw. glücksspielsimulierende Mechanismen und suchtfördernde Mechanismen auch bei der AltersEinstufung selbst berücksichtigt werden können.

In Zuge dessen hat die für die Alterskennzeichnungen von digitalen Spielen zuständige Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle neue Leitkriterien für die jugendschutzrechtliche Bewertung von Spielen zum 1. Januar 2023 eingeführt, die die oben genannten Änderungen des JuSchG in die Bewertungspraxis überführen.

Neben der Alterskennzeichnungspflicht sind relevante Diensteanbieter gemäß §24a JuSchG zudem zur Vorhaltung struktureller Vorsorgemaßnahmen verpflichtet. Im Hinblick auf die von Ihnen genannten Risiken können beispielsweise technische Möglichkeiten zur Einschränkung der finanziellen Ausgaben, Informationsverpflichtung zu Spielabläufen und Gewinnwahrscheinlichkeiten, Werbebeschränkungen gegenüber Kindern und Jugendlichen sowie Limitierungen von Mikrotransaktionen risikomindernde Maßnahmen sein.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Lehmann